Faymann will ein Ende der Neutralitätsdebatte

Weiter Kritik an der von der Bundesregierung beschlossenen Sicherheitsdoktrin – „Regierung soll sich über Wehrpflicht einigen!"

Der Wiener Bürgermeister und SPÖ-Chef Michael Häupl hat mit seiner Forderung nach militärischen Kooperationen mit den NATO-Nachbarn die Debatte um die österreichische Neutralität eröffnet, andere in der SPÖ sind aufgesprungen, jetzt versucht der Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzende Werner Faymann die Debatte wieder einzufangen; vor allem in seiner Partei. Am Rand seines Berlin-Besuches betonte Faymann: „Natürlich wird sich an der Neutralität nichts ändern." Gerade eben sei die Sicherheitsstrategie in der Bundesregierung gemeinsam beschlossen worden, „dabei steht die Neutralität im Vordergrund. Im Gegenteil: Es ist die NATO-Option herausgestrichen worden", betonte Faymann.

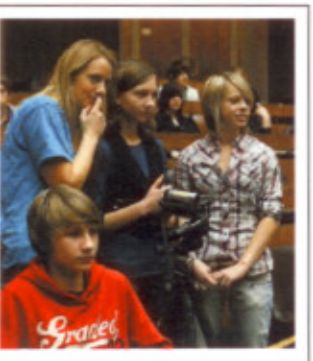
Kernaufgabe der Politik

Zum Thema Wehrpflicht appelliert der oö. Landeshauptmann Josef Pühringer laut „Kurier" an die Bundesregierung, doch noch zu einem Kompromiss zu finden und nicht das Volk zwischen einem SPÖ- und einem ÖVP-Modell entscheiden zu lassen. „Ich denke, dass Sicherheitsfragen Kernaufgaben der Politik sind und dass eine Regierung versuchen sollte, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden."

Debatte über die Sicherheitsdoktrin

Für den ÖVP-Europaparlamentarier Othmar Karas ist die Sicherheitsdoktrin unklar und unvollständig, sie gehöre zurück an den Start. In dem Papier fehle ein ganzes Kapitel, nämlich jenes, in dem konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden.

Für ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf ist die Kritik „entbehrlich". Karas hätte vor seiner Wortmeldung gut daran getan, sich über den in dieser Frage geplanten Prozess und die Funktion des vorgelegten Papiers kundig zu machen, schreibt Kopf in einer Aussendung und verweist darauf, im Parlament ein eigener Unterausschuss dazu eingesetzt werde.



Szenen aus dem Jugendparlament 2010 Fotos: vo

Oö. Schüler als Parlamentarier

Dass Oberösterreich derzeit den Vorsitz in Landeshauptleutekonferenz und Bundesrat innehat, bietet für Schulklassen der 9. Schulstufe eine ganz besondere Chance. Denn das heurige Jugendparlament am 26. Mai wird nämlich von Jugendlichen aus Oberösterreich beschickt. Da können 15-Jährige dann in die Politik reinschnuppern. Analog zu den normalen Abläufen im Hohen Haus werden auch im Rahmen des Jugendparlaments Klubs gebildet, Gesetzesentwürfe in Ausschüssen vorberaten sowie im Plenum diskutiert und abgestimmt. Dabei gehört das Schmieden von Allianzen, das Finden von Kompromissen und die Überzeugung politischer Gegenspieler ebenso zum Tagesablauf der „Jungpolitiker" wie das Vorbereiten von Reden und die Beantwortung der Fragen von Journalisten.

Klassen aller Schultypen in OÖ können sich bis 28. März mit einem kreativen Beitrag zum Thema „Was bedeutet Demokratie für dich und deine Klassenkollegen?" um die Teilnahme am Jugendparlament bewerben. Die drei Gewinnerklassen werden von einer Fachjury ermittelt. Alle Infos im Internet unter www.reininsparlament.at

Csar verteidigt Landesdienst

Verwundert und teils verärgert reagiert der oberste Belegschaftsvertreter im Landesdienst, LAbg. Peter Csar, auf Vorschläge des Personalreferenten LH-Stv. Franz Hiesl. Hiesl will nämlich im Rahmen der Verwaltungsreform bei den Landesangestellten „einige Zuckerl" streichen: So soll der freie Karfreitag ein normaler Arbeitstag werden oder die EDV-Zulage abgeschafft werden. Laut Medienberichten will Hiesl diese Änderungen, da es trotz intensiver Verhandlungen zu keiner Einigung mit der Personalvertretung gekommen ist, als Regierungsvorlage im Landtag — spekuliert wird im September — beschließen. In einem Schreiben an alle Kolleginnen im Landesdienst heißt es von den Personalvertretern: „Seitens der Personalvertretung teilen wir Ärger und Unbehagen sowohl über die gewählte Vorgangsweise als auch über die Botschaften. Wir verwehren uns auch in aller Deutlichkeit gegen jegliche Aussagen, die die Landesbediensteten in der Öffentlichkeit zu Unrecht als privilegierte ‚Zuckerl-Empfänger' abwerten. ... Ebenso klar lehnen wir massive Verschlechterungen bei der Dienstzeit ab, sowohl was die Gesamtarbeitszeit als auch die Lage der Regeldienstzeit (Stichwort ‚Mittwochnachmittag' in der Verwaltung) oder den freien Karfreitag betrifft." *Foto: LPA*

ÖVP-Frauen kaufen die „Aktie Leben"

Anlässlich des 100. Internationalen Frauentages unterstützen die ÖVP-Frauen Projekte in den ärmsten Ländern der Welt, vor allem in Haiti und Kolumbien, um Frauen in schwierigen Lebenssituationen bei der Verbesserung der Lebensumstände zu helfen. „Wir kaufen Aktien", kündigt Bundesleiterin Dorothea Schittenhelm an. „In allen Bundesländern erwerben die ÖVP Frauen mit einer Spende eine Aktie des Hilfswerk Austria International. Die Aktie Leben ist die einzige Aktie der Welt mit Lebensgarantie."